

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 9 7 / 2 0 2 2 / A N

Antragsteller: CDU
Anfragedatum: 28.09.2022

Federführung:
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Änderung der Gestaltungssatzung Handschuhsheim vom
23. Januar 2003**

Antrag

Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 30. März 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	13.10.2022	Ö		
Bezirksbeirat Handschuhsheim	02.02.2023	Ö		
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	28.02.2023	Ö		
Gemeinderat	23.03.2023	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 13.10.2022

Ergebnis: verwiesen in den Bezirksbeirat

Sitzung des Bezirksbeirates Handschuhsheim vom 02.02.2023

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 28.02.2023

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 23.03.2023

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0097/2022/AN

Briefkopf des Antragstellers:



CDU-Gemeinderatsfraktion, Rathaus, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg

Dr. Jan Gradel, Vorsitzender
Werner Pfisterer, 1. stv. Vors.
Prof. apl. Dr. Nicole Marmé, stv. Vors. ,
Alexander Föhr
Martin Ehrbar
Matthias Kutsch
Otto Wickenhäuser

Heidelberg, 27.09.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates am 13.10.2022 stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Änderung der Gestaltungssatzung Handschuhsheim vom 23. Januar 2003

Der Gemeinderat möge beschließen, die Gestaltungssatzung Handschuhsheim vom 23. Januar 2003 wie folgt zu ändern:

In § 12 der Satzung wird Satz 1 wie folgt gefasst: „Sonnenkollektoren, Solarzellen, Photovoltaikanlagen, Solarthermieanlagen und Photothermieanlagen sind gestattet, wenn diese Anlagen in der gleichen Neigung wie das Dach flach auf dem Dach installiert werden.“ § 12 Satz 2 der Satzung wird ersatzlos gestrichen.

Begründung:

§ 12 Satz 2 der Satzung in seiner aktuellen Fassung macht es vielen Eigentümern durch seine hohe Abstandsvorgabe von einem Meter unmöglich, eine Solaranlage wirtschaftlich zu betreiben. Gleiches gilt für die Vorgabe von § 12 Satz 1 der Satzung, der die Bezugnahme zu Fassadenfenstern vorschreibt.

In der heutigen Zeit, in der Gas- und Energiekosten drastisch steigen, muss Eigentümern auch im Geltungsbereich der Satzung ermöglicht werden, sich wirtschaftlich selbst mit Strom und Warmwasser versorgen zu können. Zudem ist es vielen Eigentümern ein Anliegen, durch eine Solaranlage selbst zum Klimaschutz vor Ort beizutragen. Die Aufnahme von Solarthermieanlagen und Photovoltaikanlagen in § 12 Satz 1 der Satzung soll den Wortlaut präzisieren und ausdrücklich auch solche Anlagen zulassen. Eine Beeinträchtigung des von der Satzung verfolgten Zwecks ergibt sich nicht, jedenfalls überwiegt in der Abwägung der hier dargestellte Zweck der wirtschaftlichen eigenständigen Versorgung und des Klimaschutzes vor Ort.

gezeichnet CDU-Fraktion